

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anzahlung 5,50 Mark, vierteljährlich
22 5/8 Mk., durch die Post 22,50 Mk.,
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungspreisverzeichnisse unter
einer Zeile eingetragen. Für
unterirdige eingekaufene Monu-
mente wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Verlagsanstalt ge-
stattet. Ferner der Schriftleiter Dr. H. J.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 11.3
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gepaltene 34 mm breite Milli-
metertafel hat deren Raum 40 3/4,
Samt einseitigen 40 Pf. Kleinaussagen
die 42 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle n. sämtliche
Anzeigengebühren. Zeitungsgebühren
6 1/2 Mk. Erhalten täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Druck-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 14, Dr. Braubachstr. 17,
Halle. Fernruf: 1140. Geschäftsstelle: Dr. H. J.
Ulrichstr. 51 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 547.

Halle, Dienstag, den 23. November 1920.

Einzelpreis 20 Pf.

Die Kapitalverschönerungen im Reichstage.

Eine Schmach.

Von Reuten, die gern mit großen Worten um sich werfen, wird in gern von der Schmach des deutschen Volkes gesprochen. Auch das Unglück, das mit dem Kriegserfolg über das deutsche Volk hergebrochen ist, weil ein Teil seiner Führer die Grenzen der Volkstraft nicht erkannt, und die sich von Monat zu Monat steigende Ueberlegenheit der Feinde an Menschen und Material unterschätzt, wird so gern als Schmach bezeichnet, indem man immer wieder das längst durch die Tatsachen widerlegte Märchen vom Dolchstoß aus der Heimat aus der politischen Kampfkammer herocholt. Das ist unendlich die Ueberhöhung im Volk geschaffen, weil die Massen sehr wohl merken, daß seine Aufmerksamkeit dadurch von Dingen abgelenkt werden soll, die manchen, der ehemals an verantwortlicher Stelle lag, recht unangenehm zu werden drohen.

Heute nun wurde im Reichstage eine Angelegenheit aufgeführt, die man wirklich als eine Schmach unter's Volkes bezeichnen muß. Das sind die Kapitalverschönerungen ins Ausland, die von hochgestellten Personen mit Hilfe von verhältnismäßig kleinen Bankhäusern vorgenommen worden sind. Der Reichsfinanzminister betonte an einer Stelle, die Schmach trete einem beim Durchleben der Ältern ins Gesicht, wenn man die Namen lese, die an solchen Verschönerungen beteiligt seien. Mitglieder ablicher und fürstlich Häuser befinden sich darunter, auch einige Mitglieder des Hauses Hohenzollern. Wenn die D. N. G. so sagen, dann kann man es den Sozialdemokraten wirklich kaum verdenken, wenn sie zur Ehre ihres Dogmas vom vollen Kapitalismus den Staat diese Kapitalverschönerungen propagandistisch ausstellen. Das hätte man nur verhindern können, wenn die Regierungsläden, denen die Dinge bekannt waren, sofort jenseitig die Wahrheit aufgedeckt hätten, von sich aus das Material, das nicht zu verheimlichen war und soweit dadurch der Gang der Unterführung gehemmt worden wäre, der Presse zugänglich zu machen. Damit wäre der Versuchung des Materials zur Propaganda einer einzigen Partei ein Ziel vorgegeben und die Sache sofort zur Angelegenheit des ganzen Volkes gemacht worden. Geradezu unverhältnismäßig aber ist es, wenn der deutschnationale Redner die Gelegenheitsbräutigam um einen Hieb gegen die Regierung zu führen, der die politische Ausdeutung und Interpretation wohl annehmlich ist, und wenn der Volksparteiler Kahl in Verbindung mit dieser Anrede die Reichsfinanzminister Schumannsberger vorwirft. Damit ist der Sache wahrlich nicht geholfen. Statt die üblichen Parteikampftouren einzuschlagen, hätten unter der Meinung nach die Redner aller Parteien die Worte nicht so hart genug wählen können, um Kapitalverschönerungen von U. unten, die einstmaligen Träger des höchsten Vertrauens waren und die für sich selbst immer und immer wieder ein besonders vortreffliches Vaterlandserfinden in Anspruch nahmen, als das zu kennzeichnen, was sie sind, als eine Lumpen- und Sondergeschicht, die, welche sie begreifen, in weiten Maßstab von allen anständig denkenden Deutschen bringt. Gewiß, man soll über niemanden die Nase brechen, der noch nicht den odiumvollen Richter gegenüberstehen hat. Aber nach dem Ministererklärung im Reichstage liegt die Dinge hier doch so klar, daß man schon jetzt von einer geradezu schmachvollen Gefährdung der Reichsregierung sprechen kann und muß. Und es ist sehr traurig, daß sich so viele Mitglieder des Reichstages, die sich solchen Verschönerungen nicht fernhalten können, nicht, daß die Hohenzollern nunmehr von der öffentlichen Kritik heftig angegriffen werden, gefährdet die Ruf des ganzen Hauses, das sich unbeschreibliche und unergiebige Verdienste um die Ehre Deutschlands und Deutschlands erworben hat, sondern es ist die Charakterlosigkeit dieser Hohenzollernproben, die es etwas besser in sich, was sie der Angehörigen, seit zum Hofe hohenzollern unwürdig macht und sie auf eine Stufe stellt mit wirklich vaterlandslosen Gesellen, die ihre Nationalität nicht mehr als ein altes Hemd, wenn sie nur ihren Klammern in sich nicht verlieren können. Es ist ein Schmach für unser Volk, daß es in ihm solcher Gesellen noch so viele gibt und daß man es nicht magt, ihnen ihr das Staatsgange ruinierende Handwerk rückstandslos zu legen.

Polnische Handgranaten.

Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Katowitz: Am Sonntag fand in Kattowitz, Kreis Aachen, ein von der Ortsgruppe der Heimatschutzvereine veranstaltete Theateraufführung statt. Nach Schluß der Aufführung wurde von polnischen Soldaten, die sich auf der Straße herumtrieben, ein Schuß in den Saal abgegeben, durch den ein Mädchen verletzt wurde. Später wurde eine Handgranate in den Saal geschleudert, deren Splitter 15 Personen teilweise schwer verletzten.

Die Frage der Abrüstung in Genf.

Die Völkerverversammlung legte am Sonntagabend vor Mittag die Vorfrage über den Bericht des Generalleutnants fort. Der belgische Delegierte Senator J. Fontaine entwickelte seine Stellungnahme zum Völkerbund.

Neben dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sei es besonders die Frage der Abrüstung, die für die Welt geradezu eine U. Benstrage bedeute. Angesichts der Tatsache, daß der Militarismus heute mehr verdrängt als vormalig, seien es nicht nur die Passivisten, die die Abrüstung verlangen, sondern die Finanzleute und die Männer des Wirtschaftswissenschaften seien es, die auf eine Herabsetzung der Militärausgaben dringen. Es müsse eine internationale U. Armees des Völkerbundes an die Stelle des nationalen Militarismus treten, die nicht mehr ein Instrument der Selbstverteidigung, sondern des Rechts sein müsse. Senator J. Fontaine sagte u. a. wörtlich: Man muß den Völkern offenbaren, daß die Stunde der Abrüstung noch nicht gekommen ist. Die Verträge des Pariser Pakts haben das durchaus begriffen, da in dem betreffenden Artikel nur von der Herabsetzung der Rüstungen, die ein Maximum erreichen soll, die Rede ist.

Im weiteren Verlauf der Aussprache bezeugte der belgische Delegierte Rowell als Hauptaufgabe des Völkerbundes die Verhinderung künftiger Kriege. Der Völkerbund müsse die während des Krieges den Völkern gegebenen Versprechungen einlösen, wenn er das Vertrauen der Völker behalten wolle. Es müsse, über den Vertrag von Versailles, der nicht mit dem Bundespräsidenten Klotz darin überein, daß bei der Ausführung der Friedensverträge, soweit sie dem Völkerbund anvertraut sind, die größte Unparteilichkeit und Gerechtigkeit zur Geltung kommen müsse. Sämtliche Verträge müßten wörtlich veröffentlicht werden, weil gerade dadurch das Ziel des Völkerbundes, künftige Kriege zu vermeiden, am besten erreicht werden. Er betonte, im Völkerbund müßten vor allen Dingen nicht die nationalen, sondern die internationalen Interessen zur Geltung kommen. Die Verteilung der Rohstoffe sei für viele Völker gerade die Lebensfrage. Die Welt dürfe nach dem jüdischen militärischen Kampfe nicht einen noch judischeren wirtschaftlichen Kampf erlauben, der den Wiederaufbau der Weltwirtschaft unmöglich machen würde. Er habe die Staaten, die nach dem Kriege ebenso reich oder noch reicher seien als vorher, müßten den weniger begünstigten Staaten ihre Hilfe anbieten. Er wolle sich nach dem Wunsch des Bundespräsidenten Klotz an, daß Amerika bald Mitglieder des Völkerbundes werden, das die Zulassung der anderen Staaten anstreibe, so habe er persönlich die Auffassung, daß der Völkerbund erst dann wirksam sei, wenn sämtliche Nationen der Welt in ihm vertreten seien.

Der „Preußentag“ der Demokraten in Hannover.

Am Hannover, 22. Nov. Aus Anlaß des demokratischen Preußentages in Hannover werden am nächsten Sonntag in einer öffentlichen Volksversammlung folgende Reichsfinanzminister a. D. Verlegung, der Parteivorsitzende Senator Petzold und Frau Abg. Dönhoff.

Intervention des deutschen Gesandten beim Präsidenten Marbury.

Am Prag, 22. Nov. Der deutsche Gesandte Sängler hat beim Präsidenten in Marbury Schritte zum Schutz der reichsdeutschen Staatsangehörigen, die in der Tschechoslowakei leben, und namentlich, da im Laufe der Prager Ereignisse auch reichsdeutsche Staatsbürger mißhandelt wurden.

Reichseigene Post-Sammlungen.

In dem Bestreben, die Zirkularumgebung der Posttelegraphie, die die Fähigkeit von einer Sendestelle aus beliebig viele Empfangsstellen mit Nachrichten versorgen zu können, auszunutzen und dadurch die überflüssigen Drahtleitungen von gleichlaufenden Pretelegraphen und Pressegepäck zu entlasten, hat die Reichstelegraphenverwaltung neben dem Reichspostamt eine Verlesung eines Reichseigenen Postempfangsstellen in größeren Orten hergestellt. Der weitere Ausbau des Reichs ist im Gange, jedoch in Kürze etwa 100 solcher Empfangsstellen fertig gestellt sind. Zur Zeit werden Nachrichten von drei Nachrichtenbüros zu bestimmten Zeiten beim Haupttelegraphenamt aufgelegt und von dort aus durch Fernleitung über die Hauptstellen des Reichstelegraphenamtes an die Postempfangsstellen geleitet, wo sie verteilt werden und an die Empfänger bestellt werden. Mit Hilfe dieser Fernleitung wird eine Verlesung durch die drahtliche Verbindung mit einem Fernschreiber bis zum Haupttelegraphenamt vermieden und die Schnelligkeit der Uebermittlung, die von großer Bedeutung für den Postverkehr ist, wesentlich erhöht. Außerdem wird dem zweiten wichtigen Erfordernis für die Verlesung von Postnachrichten der Sicherheit durch die drahtliche Verbindung erheblich genügt, weil nur ein einziger Sendebeamter erforderlich ist und nicht, wie bei der Drahttelegraphie, für jede empfangene Leuchte auch ein Leuchter nötig ist. Abgesehen davon wird natürlich die Wirtschaftlichkeit durch die Ersparnis an Leitungsmaterial erreicht. Posttechnisch hat der „Rundfunk“ Verlesung, nachdem am Grund der Erfahrungen mangelnder technischer und betrieblicher Verbesserungen durchgeführt sind. Auch den Störungen durch den übrigen

Postverkehr, namentlich auch durch den ausländischen funktelographischen Verkehr, wird mit Erfolg begegnet. An der Verbesserung und Ausgestaltung des Rundfunk wird weiter gearbeitet. Auf Veranstaltung des Reichspostministeriums finden umfangreiche Versuche mit drahtloser Telephonie statt, damit die unter anderen Verordnungen dieser Betriebsweise dem Rundfunk zu gute kommen können, sobald die Auslieferung geeigneter Nachrichten gesichert und die erforderliche Zahl von Bezieheren gewonnen ist.

Das griechische Problem.

Die konstantinische Partei hat bereits ihre Arbeiten begonnen. Um den König nach Athen zurückzubringen. Die Parteiführer haben eine Verlesung ausgeführt. Kallias, der neue Ministerpräsident, ist kein ausgereifter Anhänger der konstantinischen Partei, aber er ist ein Gegner von Venizelos. Sein Vorschlag hat nicht Genugtuung gefunden. Ministerpräsident geworden ist, obwohl Kallias zuerst abgelehnt hat, glaubt man darin zu sehen, daß es Kallias gelingen wird, schneller und besser Einfluß an die Mächte zu üben als das Ministerium Venizelos es hätte können, das einen vollständigen Bruch mit der venizelistischen Politik bedeutet hätte. Kallias kam im Jahre 1897, von 1901 bis 1903 und 1909 bereits einmal Ministerpräsident. Im Jahre 1915 trat er dem König Konstantin, der Politik Venizelos' zu folgen und zuletzt in der Enterte in den Krieg einzutreten, da die Mehrheit des Volkes es wünschte. Später ergriff er dann zu den Antirevolutionären über. Er war Finanzminister im Kabinett Zaimis, des im Juni 1917 des Attentats der Garantiemächte an dem König, in dem die Abkündigung des Königs in verlagert wurde. Da die jetzigen Sieger im Balkan während des Weltkrieges vertrieben haben, eine unangenehme Demobilisierung eintreten zu lassen, ist man sehr geneigt dazu, ob die neue Regierung es möglich machen wird, die griechischen Truppen aus Kleinasien zurückzuführen. Die unwilligen unangenehme Verlesung zwischen den Kamafliden und den Kalliasiten in Kleinasien ist eine sehr bedrohliche Lösung für die griechischen Mächte und auch die offizierten Truppen in Kleinasien. Der griechische Oberminister Canelopoulos und der zu seinem Nachfolger ausgereichte Kamaflis haben bereits der neuen Regierung ihre Demobilisierung angedeutet. Der englische General Harrington, der Präsident der internationalen Kommission, die die griechischen Streitkräfte kontrolliert, ist von Konstantinopel nach Kleinasien abgereist um die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen.

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung, von am 22. November, 1 Uhr nachmittags. Am Ministerpräsidenten: Reichsfinanzminister Wirth, Reichsminister Koch.

Der Gesetzentwurf über die Autonomie Oberösterreichens wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Abg. Müller-Franke (Soz.) begründet seine Interpellation wegen

Kapitalverschönerungen nach dem Auslande.

Schon während des Krieges begannen die Kapitalverschönerungen und ließen sich nicht für. Sie sind nicht so raffiniert vorgenommen, daß man den Schöpfern nicht bestimmen kann, um so sehr er müssen die angefangen werden, die man überschätzen kann. Das ist der Fall bei dem Bankhaus Gruler, Philippsohn & Co. Zu den Verschönerungen Grulers gehören neben den reaktionären Kreisen namentlich Mitglieder der Familie Hohenzollern. Es fragt sich, wie viele von diesen sich an den Verschönerungen auf dem Reich beteiligt hat. Er ist etwa 20 Millionen Mark betragen sollen. Ein bekannter General wurde ebenfalls in Verbindung mit der Verschönerung. Ein Fürst Radolin, Fürst Wächter von W. Hatt, Fürst Radolin und Graf Schönborn hatten ein Konto bei Herrn Gruler zu führen, auch die Kronprinzessin habe dort verkehrt. Die gegen eiligen Verschönerungen der bürgerlichen Presse genügt ihm nicht als Beweis zu sein. Er frage die Reichsregierung, ob sie Auskunft darüber geben wolle, wie weit die Kronprinzessin, Prinz Eitel Friedrich, Prinz August Wilhelm an den Verschönerungen beteiligt waren. Nur Prinz Oskar und Prinz Eitel Friedrich besaßen, den man den tot in Hagen und fern den einzigen Sozialdemokraten des Hauses Hohenzollern nennt, obwohl er gar nicht daran denkt, Sozialdemokrat zu sein, mehrere durch seine Verschönerungen ein Vermögen erworben ist, gegenwärtig nach der Schweiz vertrieben worden ist, seien an diesen Verschönerungen nicht beteiligt. Wie unter diesen Umständen gerade die Sache von einer Schieber- und Rinnsteinpolitik reden kann, ist mir unverständlich. Wir erwarten jedenfalls von der Reichsregierung sofortiges energisches Einschreiten. Um übrigen stellen wir fest, daß einzelne Fälle dieser Art schon in der Zeit sehr häufig sein mögen, in der unsere Freunde noch im Am: saßen. Sie sind uns jedenfalls nicht bekannt geworden, sonst wären wir einseitiger. Können Sie dann nicht in Erfahrung bringen? (Heiterkeit.)

Reichsminister für Wirth: Wir sind in der Lage nachzumachen, daß eine Untersuchung bereits am 18. April gegen Schmidt, Schödl und Dr. Burckhardt eingeleitet worden ist in Verbindung mit dem Bankhaus Sinner & Co., das bereits lange vor dem 2. Juni, an dem die Verschönerung die Sache veröffentlicht hat. Die Untersuchung ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Was den Fall Gruler angeht, so ist die Reichsfinanzministerum Untersuchung von Kapitalverschönerungen mit Hilfe des Justizministeriums gemacht worden. Das Ministerium hat sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt und die Geschäftsbücher beschlagnahmt. Ueber die Verhältnisse ist ein Bericht, welche mit den Firmen in Geschäftsverbindungen ge-

